

# Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **1 (1981)**

Heft 1

PDF erstellt am: **31.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## EDITORIAL

**Widerspruch – wozu eine neue theoretische Zeitschrift in der Schweiz?**

**Sozialistische Politik, die sich unter den hochentwickelten kapitalistischen Bedingungen der Schweiz gesellschaftliche Veränderungen zum Ziel setzt, muss sich heute mehr denn je ihres Selbstverständnisses versichern. In der aktuellen Situation sind es vor allem zwei Tatsachen, die eine grundlegende Analyse der politischen Strategien notwendig erscheinen lassen.**

**Zum einen sind in der Schweiz, wie in allen übrigen westeuropäischen Ländern, die bürgerlichen Politik- und Herrschaftsformen der freiheitlich-liberalen Demokratie in eine permanente Legitimationskrise geraten, ohne dass dadurch das Legalitätsprinzip der staatlichen Gewalt und Autorität sichtbar erschüttert wurde. Ganz im Gegenteil. In dessen Namen wird vielmehr ein massiver Ausbau des staatlichen Repressionsapparates betrieben und gerechtfertigt, der Ruhe und Ordnung bzw. die Rationalität der herrschenden Macht – des Profits – zu garantieren hat. Will die Linke den Strategien von rechts nicht hilflos gegenüberstehen, muss es ihr darum gehen, die strukturellen Bedingungen des bürgerlichen Krisenmanagements und deren gesellschaftspolitische Auswirkungen in Institutionen und Parteien konkreter zu analysieren.**

**Zum anderen sind innerhalb und ausserhalb kommunistischer und sozialistischer Organisationen seit längerem die traditionellen Modelle und Strategien sozialistischer Politik Gegenstand einer theoriepolitischen Debatte. Sie ist gekennzeichnet durch die grundsätzliche Überprüfung und Weiterentwicklung der eigenen theoretischen Grundlagen, die über Jahre hinweg das wissenschaftliche und politische Selbstverständnis der Staats- und Gesellschaftskritik auf der Seite der Linken geprägt haben.**

\*

**In den bestehenden linken Zeitungen, Zeitschriften und Buchpublikationen linker Verlage der Schweiz sind zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zu zentralen Fragen der fortschrittlichen Bewegung im Laufe der letzten Jahre wichtige Aufarbeitungen geleistet worden. Festzustellen ist allerdings, dass die einzelnen Beiträge und Arbeiten nur selten aufeinander Bezug nehmen: eine breite und sachbezogene Auseinandersetzung hat sich kaum zu entwickeln vermocht. Bezeichnend ist also nicht so sehr das Fehlen jeglicher theoretischer und wissenschaftlicher Anstrengungen, als vielmehr deren institutionelle Isolation, die durch ein Sich-gegenseitiges-Ignorieren und Sich-Abschotten aufrecht erhalten wird. Das heisst: Unterschiedliche theoretische Bemühungen bleiben zumeist einem organisatorisch eingeschränkten oder privatisierten Kreis verhaftet, wodurch das theoretische Potential der linken Intelligenz zusätzlich geschwächt wird und ein produktiver Meinungsstreit untereinander nicht zustande kommt.**

In dieser Situation geht es unserer Meinung nach darum, ein Diskussionsforum zu schaffen, in dem die an marxistischer Theorienbildung und sozialistischer Politik Interessierten einen kontinuierlichen Diskussionsprozess einleiten können. Ein solches Diskussionsforum stellt zum jetzigen Zeitpunkt einen wichtigen Schritt zur Erweiterung der sozialistischen Öffentlichkeit in der Schweiz dar.

Eine Diskussion über sozialistische Politik in der Schweiz hat heute, gerade in Anbetracht des programmatischen Bestandes der Linksparteien, zweifellos die Parteigrenzen zu sprengen. Dies nicht nur, weil es in der Schweiz heute nicht um den Führungsanspruch irgendeiner Linkspartei gehen kann. Vielmehr werden sich die verschiedenen Linksparteien vor allem mit der Tatsache von starken, nicht parteilich organisierten Kräften auseinandersetzen haben. Für das Redaktionskollektiv dieser Zeitschrift bedeutet dies, die theoretisch-politische Öffentlichkeit der Arbeiterbewegung zu erweitern, die von den in Gewerkschaften, Kultur und Wissenschaft Tätigen getragen wird.

\*

Die Entstehungsgeschichte der Zeitschrift bringt es mit sich, dass die Forderung nach möglichst breiter Zusammensetzung der Redaktion für die erste Nummer nicht erfüllt werden konnte. Dies vor allem deshalb, weil diese erste Nummer das Resultat einer Verbindung zweier voneinander unabhängig geplanter Zeitschriftenprojekte ist – das Resultat eines andauernden Diskussionsprozesses, dessen vorläufiger Minimalkonsens hier vorgelegt wird.

Seit längerer Zeit wird in der PdAS versucht, zentrale Debatten über die Grundsätze ihrer Politik zu eröffnen, die unter anderem auch in einer parteiabhängigen theoretischen Zeitschrift öffentlich ausgetragen werden sollten. Nachdem diese Initiativen keinen genügenden Rückhalt in den höchsten Parteigremien finden konnten, haben sich im Herbst 1980 einige PdA-Genossen, insbesondere in Zürich, entschlossen, eine parteiunabhängige Zeitschrift herauszugeben mit dem Ziel, Probleme der aktuellen Strategiediskussionen innerhalb der PdAS – und über sie hinaus – zu führen.

Gleichzeitig wurden unter unorganisierten linken Intellektuellen, ebenfalls seit mehreren Jahren, Pläne einer überparteilichen Theoriezeitschrift diskutiert. Kurz vor dem Erscheinen der ersten Nummer, anfangs 1980, scheiterte das Projekt aus verschiedenen Gründen. Daraufhin ergaben sich unter den Initianten beider Zeitschriftenprojekte erste Kontakte und schwierige Selbstverständigungen – mit dem vorläufigen, konkreten Resultat: Heft 1.

Aus diesem kurzen Einblick in die Entstehungsgeschichte der ersten Nummer wird zweierlei ersichtlich. Einmal die Tatsache, dass im vorläufigen Redaktionskollektiv sowie im Mitarbeiterkreis der Zeitschrift mehrheitlich PdA-Genossen aktiv waren. Sowohl der Titel der Zeitschrift, "Widerspruch", als auch das

Thema des Heftschwerpunktes "Krise der Parteien" sind untrennbar mit den parteipolitischen Erfahrungen der Autoren verbunden. Dass die Krise innerhalb der Linksparteien, wie die meisten Beiträge des Heftes aufzeigen, durch die Entwicklungen der Jugendunruhen sich verschärft hat und dadurch generelle Probleme der Organisationsstruktur radikaler diskutierbar werden, weist auf die politische Aktualität hin, die diesem Thema auch weiterhin zukommen wird.

Zum anderen ist sich die Redaktion über ihre Ausgangssituation im klaren. Wenn die Zeitschrift den Anspruch: ein theoretisch-politisches Diskussionsforum zu werden und ein breiteres linkes Spektrum zu repräsentieren, in Zukunft einlösen will, müssen das Redaktionskollektiv und der Mitarbeiterkreis durch neue Mitglieder und Mitarbeiter erweitert werden. Dies wird die entscheidende Aufgabe der jetzigen Redaktion in den nächsten Monaten sein.

\*

Die Organisierung einer sachhaltigen Diskussion scheint uns zur Zeit am besten durch die Konzipierung von Schwerpunktheften möglich zu sein, in denen Aspekte eines übergreifenden Themas unter verschiedenen Gesichtswinkeln und von unterschiedlichen Positionen aus beleuchtet werden. Ebenso werden Beiträge zu brennenden Aktualitäten und zu laufenden Heftdiskussionen breiten Raum einnehmen müssen. Das Schwergewicht der Beiträge ist dabei auf die Analyse der schweizerischen Situation in ihrer Besonderheit zu legen. Dies bedeutet vor allem die Ablehnung jeder verselbständigten Diskussion. Ausländische Debatten sollen aufgegriffen werden, wenn sie im Hinblick auf die schweizerische Perspektive neue Problemzusammenhänge zu erschliessen versprechen. Die Devise muss sein: immer zum Material vorstossen!

Es versteht sich, dass eine theoretisch-politische Zeitschrift auch formalen und didaktischen Kriterien Rechnung tragen müssen. Dabei steht die Nachvollziehbarkeit der Analysen im Vordergrund. Dies umfasst Anforderungen wie: Benennen der Relevanz des Gegenstandes, Offenlegen der jeweiligen Fragestellung, Einsicht in die Argumentationsschritte, Vermeiden einer esoterischen Fachterminologie. Indem wir die zentrale Bedeutung des kontroversen Diskussionsstils ganz besonders hervorheben, soll klargemacht werden, dass die Zeitschrift auch nichtabgesicherten Beiträgen, vorläufigen Arbeitsergebnissen, provokatorischen Thesen usw. offenstehen muss, ja, auf sie angewiesen sein wird. Wir sind uns bewusst, dass ein solches Zeitschriftenprojekt nur verwirklicht werden kann, wenn es gelingt, möglichst viele an theoretischen und politischen Analysen Interessierte zur Mitarbeit zu bewegen. Das Redaktionskollektiv hat deshalb geplant, anfangs Mai eine offene Arbeitskonferenz zur ersten Nummer und zur weiteren Perspektive des Zeitschriftenprojekts zu organisieren.

Die Zeitschrift erscheint aus diesen Gründen vorerst in unregelmässigen Abständen. Eine zweite Nummer ist für Herbst 1981 geplant. Die Reaktionen auf die ersten Nummern werden zeigen, ob längerfristig ein vierteljährliches Erscheinen realistisch angestrebt werden kann.

In einem sehr allgemein gehaltenen Themenkatalog legen wir die inhaltlichen Schwerpunkte nächster Hefte vor, die sowohl an laufenden Debatten anknüpfen als auch noch zu behandelnde, aktuelle Probleme einschliessen: Repression: strukturelle Gewalt und ideologische Staatsapparate; Probleme der Sozialpolitik; Bundesverfassungs-, Strafgesetz- und Bodenrechtsreform; Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz; Bau- und Wohnungspolitik; Rationalisierung und Gewerkschaftspolitik; Föderalismus und Regionalismus; Ökologie und Umwelt; Medien-, Kultur- und Wissenschaftspolitik; Alltagsbewusstsein; Blockfreiheit, die Linke in Westeuropa, der reale Sozialismus und die Schweizer Linke.

Das Heft No. 2 des "Widerspruch" wird das Thema 'Autonomie und Selbstverwaltung' schwerpunktmässig behandeln. Dabei geht es um eine Darstellung und Aufarbeitung gesellschaftspolitischer Modelle, welche Autonomie und Selbstverwaltung – in welcher Form auch immer – konzeptionell vertreten, und um die Möglichkeiten und Grenzen der Autonomie des Subjekts heute. Erwartet werden Beiträge zur ersten Nummer, welche die Diskussion um die 'Krise der Parteien' weiterführen. Alle, die an einem der erwähnten Themen zu arbeiten beabsichtigen und an dem Zeitschriftenprojekt überhaupt interessiert sind, werden aufgerufen, mit der Redaktion (Widerspruch – Postfach, 8026 Zürich) Kontakt aufzunehmen. Redaktionsschluss für das Heft No. 2 ist der 15. Juli 1981.

Februar 1981

Redaktionskollektiv Widerspruch